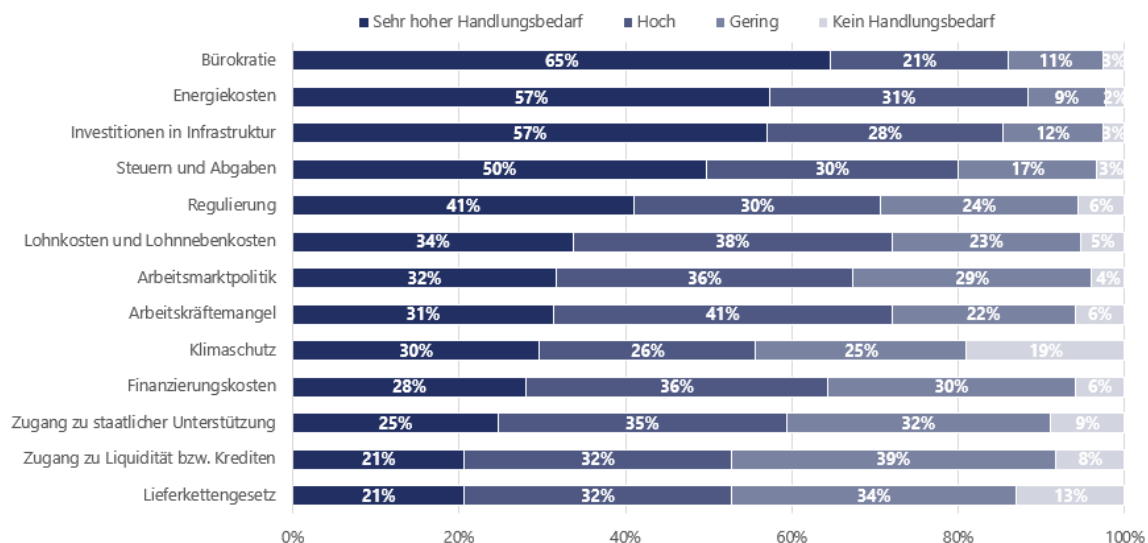


Aktuelle Kleinunternehmerstudie der VR Smart Finanz: Trotz verbesserter Stimmung – Kleinunternehmen blicken skeptisch auf Regierungswechsel

Größter Handlungsbedarf der neuen Regierung



Frage: Wenn Sie an die neue Bundesregierung denken: Wie stufen Sie den Handlungsbedarf in den folgenden Feldern ein?

Kleinunternehmen scheinen ihr Stimmungstief allmählich zu überwinden, das zeigt die aktuelle Studie von VR Smart Finanz und der Steinbeis Hochschule aus dem Juni 2025. Ihre geschäftliche Entwicklung schätzen sie im Vergleich zu vor 12 Monaten zwar nur leicht verbessert ein, für die Zukunft sind die Unternehmen aber wieder optimistischer. So verzeichnet der Kleinunternehmerindex der VR Smart Finanz für den 12-Monatsrückblick einen Anstieg um drei Punkte zur Vorbefragung im Herbst 2024. Mit einem Wert von 0 liegt er aber immer noch auf niedrigem Niveau. Für den Zukunftsblick zeigt der Index einen Anstieg um 6 Punkte auf +19. Der Regierungswechsel und das Koalitionspapier tragen nur unwesentlich zu den positiven Zukunftserwartungen bei, auch wenn die Befragten die Pläne zu Steuerentlastungen und Bürokratieabbau begrüßen.

Verbesserte Stimmung bei Kleinunternehmen

Zwar beurteilen die kleinen Unternehmen sowohl ihre wirtschaftliche Situation als auch die Umsatz- und Gewinnentwicklung der vergangenen 12 Monate als leicht verbessert. Die Liquiditätsengpässe liegen allerdings mit 53 % immer noch auf hohem Niveau und mehr als drei Mal so hoch wie im letzten Vorkrisenjahr 2019. Für die Zukunft sind die Unternehmen wieder zuversichtlicher gestimmt und erwarten mehrheitlich (rd. 44 %) eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation und steigende Aufträge.

Gemischter Blick auf den Wechsel in Berlin

Ob der Regierungswechsel zum Stimmungsaufschwung beiträgt, bleibt unklar. Lediglich ein Drittel (32 %) der Kleinunternehmen gibt an, aufgrund der neuen Regierung zuversichtlicher in die Zukunft zu schauen. Allerdings erwartet über die Hälfte (53 %), dass Deutschland wieder auf den Wachstumspfad zurückkehren wird. Dafür äußern die Unternehmen klare Erwartungen an die neue Regierung: Bürokratieabbau, Senkung der Energiekosten und Infrastrukturinvestitionen sind die größten Handlungsfelder. Lediglich 3 % der Befragten sehen hier keinen Handlungsbedarf.

Neuverschuldung für Verteidigungsfähigkeit und Infrastrukturverbesserungen wird begrüßt

Ähnlich groß wie die Erwartungen sind die Herausforderungen, denen Kleinunternehmen sich gegenübersehen. Neben Kostensteigerungen (55 %) machen ihnen Nachfragerückgänge (46 %) und rechtliche Rahmenbedingungen (38 %) die größten Sorgen. Ein möglicher Arbeitskräftemangel ist hingegen nur noch für 22 % relevant (-4 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2024). Daneben geben auch die geopolitischen Krisen Anlass für Verunsicherung. Durch den Zollkonflikt mit den USA und den Ukraine-Krieg fühlen sich rund drei Viertel der Befragten beunruhigt. In diesem Kontext hält die Mehrheit die geplante Neuverschuldung für Verteidigungsfähigkeit und Infrastrukturverbesserungen für notwendig. 55 % der Befragten haben allerdings Bedenken, dass dadurch die wirtschaftliche Stabilität Deutschlands gefährdet sein könnte.

Skeptischer Blick auf Koalitionsvertrag

Im Umfeld der vielschichtigen Problematiken beurteilen Kleinunternehmen den Koalitionsvertrag mit Skepsis. Lediglich ein Fünftel der Befragten (22 %) erwartet konkrete Vorteile für das eigene Unternehmen, auch wenn die Pläne zu Entbürokratisierung und Steuerentlastungen begrüßt werden. Sie vermissen aber Maßnahmen, die spezifischer auf ihre Belange eingehen, und wünschen sich noch mehr Nachdruck im Thema Bürokratieabbau.

Bürokratie ist größtes Investitionshemmnis

Beim Thema Bürokratie besteht ein hoher Leidensdruck bei Kleinunternehmen. 66 % der Befragten halten den deutschen Rechts- und Bürokratierahmen für eine schwerwiegende Belastung, jedes vierte Kleinunternehmen beurteilt die Situation sogar als „katastrophal“. 90 % der Befragten fühlen sich vor allem durch Steuerpflichten belastet, mehr als zwei Drittel kosten Datenschutz und Genehmigungsverfahren Zeit und Ressourcen. Bürokratie ist gleichzeitig das größte Investitionshemmnis für Kleinunternehmen (74 %), neben Marktunsicherheit (74 %) und Wirtschaftspolitik (68 %). In diesem Rahmen hat sich der Trend zur Investitionszurückhaltung weiter fortgesetzt: Nur 46 % der Kleinunternehmen investierten in den vergangenen 12 Monaten wie geplant, 43 % haben Investitionen verschoben oder ganz abgesagt.

Investitionen sollen wieder steigen – hauptsächlich für Geschäftsausbau

Für die Zukunft gibt es positive Signale: 61 % der Befragten signalisieren Investitionsbedarf. Gleichzeitig plant die Mehrheit konkrete Investitionen, hauptsächlich in Geschäftsausstattung (71 %), Produkt- und Serviceerweiterungen (62 %), Digitalisierungs-/Automatisierungsvorhaben (61 %) und Energieeffizienz /Nachhaltigkeit (50 %). Im Fokus stehen dabei nicht nur Ersatzinvestitionen, sondern mehrheitlich Pläne zur Erweiterung des Geschäftsbetriebs. Einen klaren Investitionsanreiz sieht ein knappes Viertel der Befragten (23 %) in den geplanten höheren Abschreibungsmöglichkeiten der Regierung.

Klare Botschaft an die Politik

Die Studie macht deutlich, dass die Herausforderungen zwar vielfältig sind, Kleinunternehmen aber dennoch zuversichtlich in die Zukunft schauen. Sie erwarten nicht nur mehr Wachstum in Deutschland, sondern wollen auch selbst wieder investieren. Die Politik ist jetzt gefordert, um das entsprechende investitionsfreundliche Klima für Kleinunternehmen zu schaffen. Die im Investitionssofortprogramm der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen sind bereits ein erster wichtiger Schritt. Darüber hinaus gilt es

aber auch, das Thema Entbürokratisierung konsequent voranzutreiben, um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für Kleinunternehmen nachhaltig zu verbessern.

Zur Studie: Das Stimmungsbarometer ist eine regelmäßige Studie, die die VR Smart Finanz seit 2019 gemeinsam mit CFin – Research Center For Financial Services der Steinbeis-Hochschule zur Situation und zu den Bedürfnissen von Kleinunternehmen erhebt. Die Befragung fand vom 28. März bis 9. April 2025 unter 300 Geschäftskunden, Gewerbekunden, Soloselbständigen sowie Unternehmen aus dem kleineren Mittelstand mit einem Jahresumsatz bis zu sechs Millionen Euro statt. Im Nachgang wurde eine zusätzliche Befragung von 150 Kleinunternehmen zwischen dem 23.04.2025 und dem 30.04.2025 zur aktuellen Einwertung des Koalitionsvertrags erhoben.

Weitere Details zur Studie und ihre Ergebnisse finden Sie unter <https://www.vr-smart-finanz.de/stimmungsbarometer-2025-06>.